In die Ecke,
Besen! Besen!
Seid's gewesen.
Denn als Geister
Ruft euch nur, zu seinem Zwecke,
Erst hervor der alte Meister.

(aus „Der Zauberlehrling", Johann Wolfgang von Goethe)

„In die Ecke, Besen, Besen"

Finanzmarkt zurück in die Tube

Frank Steinberger, wirtschaftspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen in Niederbayern, November 2011

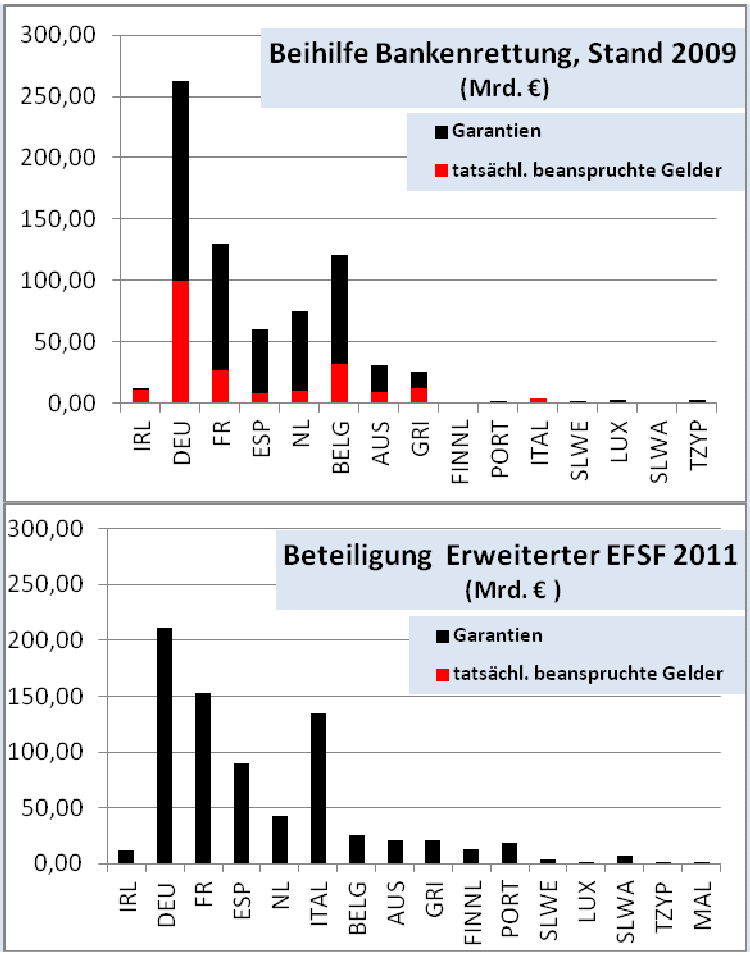
Frank Steinberger
Wirtschaftspolitischer Sprecher Grüne Niederbayern

„In die Ecke, Besen, Besen!“ – Finanzmärkte zurück in die Tube

Seit Jahren tobt die „Mutter aller Krisen“ durch die Welt. Gestartet ist sie als „Subprime“-Krise, ausgelöst durch marode Hypothekenkredite prekärer amerikanischer Hausbesitzer. Deren Ausfälle brachten die aus „strukturierten Finanzprodukten“ kunstvoll aufgeschichteten Wertpapierpyramiden zum Einsturz. Ermöglicht wurden diese Papiere durch wahre Sturzfluten billigen Geldes, mit der die amerikanische Notenbank auf die wiederum nie ausgeheilte dot.com-Krise der Jahrtausendwende reagierte, eifrig beklatscht von der Finanzindustrie – und auch von den Exportüberschussländern, deren größte Sorge seit jeher das Trockenfallen der amerikanischen Konsumentenwelt ist.

Bei der Pleite von Lehman Bros. mussten die Regierungen lernen, dass die Big Player der Finanzwirtschaft risikolos gigantische Gewinne einfahren können – risikolos, weil pleitegehen können und dürfen sie nicht; die Erschütterungen sind so groß, dass sie das Gemeinwesen kaum verkraften kann. Die Banker, die während des Höhepunkts der Finanzkrise massive Einschränkungen ihrer Spielwiesen in Form deftiger Regulierungen befürchten mussten, konnten langsam wieder aufatmen. Die Staaten übernahmen ihre Risiken, sprachen Garantien aus und gewährten großartige Stützungsprogramme. Das geht natürlich nicht für lau – die Etatdefizite wuchsen, und die Staaten geraten selbst in den Pleite-Verdacht.

Aus der Finanzkrise wird die Staatsschuldenkrise.



Die EU-Publikation „Brüsseler Beihilfeanzeiger“ beziffert die Höhe der Garantien und Darlehen, die die EU-Länder für die Rettung maroder Banken bereitstellten, auf insgesamt 1.106 Mrd.€. Tatsächlich in Anspruch genommen wurden 352 Mrd. €, das ist der Betrag , der „real“ geflossen ist und nicht mehr zurückkommt.
Deutschland musste z.B. 100 Mrd. an Rekapitalisierungen und Entlastungen leisten, vor allem für die HRE und die Landesbanken (unvergessen auch die BayernLB: jeder bayerische Bürger und Bürgerin stand für sie mit über 800 € gerade – insgesamt 10 Mrd. €).

Die heftig diskutierten Maßnahmen im Rahmen des Euro-Schutzschirms (EFSF) belaufen sich nach der Erweiterung vom Oktober 2011 auf insgesamt 750 Mrd. €. In dieser Höhe haften die Mitgliedsländer, des EFSF, damit dieser Kredite von max. 440 Mill. € ausreichen kann.
Diese „Übersicherung“ sichert dem EFSF ein „Triple-AAA“-Rating mit entsprechend niedrigen Zinsen seiner Anleihen (der „Gegenposition“ zu den ggfs. ausgereichten Krediten) . Wobei weitere Hebel nicht ausgeschlossen sind.

„Heureka – die Griechen sinds!“

Endlich ist die Krise dort, wo man/frau einige der Ursachen auch sehen kann: z.B. bei Griechenland, seiner schludrigen Bürokratie und seinen nepotistischen Regierungen. Rentenschummler, billige Kredite für Autos und Kücheneinrichtungen, eine teure Armee, die nationale Riesenparty Olympia – es wurden gravierende nationale Fehler gemacht, und solcherlei Verschwendung ist leichter zu verstehen als rätselhafte Akronyme wie CDO, ABS, MBS , hinter denen sich die gigantischen Fehlentwicklungen der Finanzindustrie verbergen.

Frank Steinberger
Wirtschaftspolitischer Sprecher Grüne Niederbayern

It's the Finanzwirtschaft, stupid!

Jetzt geht ein Schreckgespenst um in Europa: das Gespenst der Schuldenkrise, dem der Euro, die EU, die Stabilität, unsere Sparguthaben zum Opfer fallen zu drohen. Und das Gespenst beschränkt sich nicht nur auf Europa, es spukt auch in den USA, in Japan und anderen Teilen der Erde.

Was ist passiert, dass wir um unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Zukunft fürchten müssen? Ist ein Asteroid auf der Erde eingeschlagen? Rast eine unheimliche Epidemie um den Globus, drohen Hungersnöte?
All das ist es nicht, es sind die instabilen Finanzmärkte, es sind Staatsschulden, wackelnde Banken, unsichere Geldanlagen, die uns Angst machen, und die uns ein ökonomisches Desaster prophezeien.

Obwohl weiterhin Stahl gebogen, Autos gebaut, Kinder unterrichtet und beim Friseur Haare geschnitten werden. Obwohl die reale Ökonomie, in der Knappheiten über die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen überwunden werden, weiterläuft – wir fürchten den Untergang , die Verarmung, die wirtschaftliche Not.

wg. fallender Profitraten:
Realwirtschaft pfui - aber Finanzwirtschaft: hui!

Seit den 1980er Jahren konnte die Finanzwelt eine zunehmende De-Regulierung durchsetzen. Neokonservative Politiker wie Reagan und Thatcher glaubten an die Perfektion des Marktes, der allein nur die richtigen Entscheidungen treffen kann.

Was für die Gütermärkte gilt, muss doch auch für den Finanzsektor gelten können: Preise, Kurse und Zinsen sollen sich auf freien Märkten bilden können, jegliche Regulierung ist abzulehnen.

Beispiele von Deregulierung im Finanzsektor

Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen und Mindestprovisionen für Händler erleichtern den internationalen Finanzhandel und schaffen niedrige Transaktionskosten im Börsenhandel in USA und GB („BIG BANG an der London Stock Exch. 1986")

Aufhebung Trennbankensystem in USA: Banken dürfen sowohl Aktien besitzen wie auch handeln (war seit 1932 verboten, Glass-Steagall)

Börsenumsatzsteuern werden gesenkt (GB) bzw. abgeschafft (D)

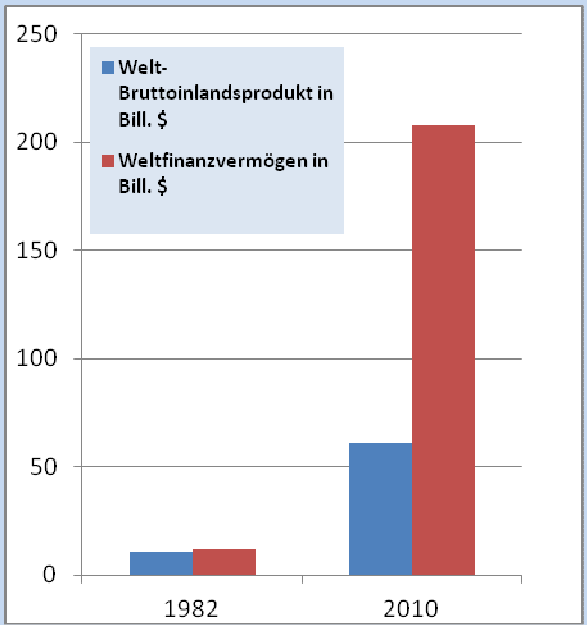
Zulassung neuer Finanzprodukte wie Options, Futures und Derivaten, Einführung von Geldmarktfonds

Befreit von vielen Fesseln weiteten die Finanzintermediäre ihre Geschäfte aus, und die „Kernkraft des Kapitalismus, das Profitstreben, verlagerte sich zunehmend aus der Realwirtschaft in die Finanzwirtschaft" (Schulmeister, 2010).

Die Deregulierung war erfolgreich, wie die Graphik rechts bestens veranschaulicht:
1982 war das Weltfinanzvermögen in etwa so hoch wie die Summe aller hergestellten Güter und Dienstleistungen (die „Realwirtschaft"); bis 2010 hat sich das Sozialprodukt etwa verfünffacht, das Finanzvermögen allerdings etwa versechzehnfacht!

1982:	
Welt-BIP.:	10,9 Billion. $
Welt-Finanzverm.:	12,0 Billion $
2010:	
Welt-BIP.:	60,8 Billion. $
Welt-Finanzverm.:	209,0 Billion $

Das ist wunderbar, wir sind also alle viel reicher geworden.
Aber nur auf dem Papier. Und auch nicht alle gleich.



Das Finanzvermögen (vulgo die Schulden, denn in einer Geldwirtschaft gibt es für jede Einheit Guthaben eine Einheit Schulden) ist eine Bestandsgröße, der Wert der produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen ist eine Flussgröße. Ein Vergleich zwischen beiden ist schwierig, denn niemand kann sagen was das richtige Verhältnis von BSP und Vermögen wäre. Beide Dinge haben nicht zwingend miteinander was zu tun.

Frank Steinberger
Wirtschaftspolitischer Sprecher Grüne Niederbayern

Obwohl, irgendwie schon.

Denn das Finanzvermögen will Rendite. Wo soll diese erwirtschaftet werden, wenn nicht in der Realwirtschaft? Aber die kann diesen enorm gewachsenen Finanzbereich immer schwerer bedienen, obwohl man vieles versucht: durch Steigerung der Produktivität, durch Innovation.
Aber auch durch Steuerflucht, durch Arbeitsmarkt-Deregulierung und Lohndumping, durch Outsourcing, Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer, durch Kapitalisierung umlagebasierter Sozialsysteme (wie etwa Renten), durch immer stärkeren Raubbau an den natürlichen Ressourcen.

„Lassen Sie Ihr Geld für Sie arbeiten!“ (Das schaffen aber nur Derivate)

„Lassen Sie Ihr Geld für Sie arbeiten“ - das ist der Slogan der Finanzindustrie.
Geld wird „angelegt“, vermehrt sich von alleine, wirft von sich aus Rendite ab. Das ist natürlich eine Illusion, irgendjemand muss die Zinsen erarbeiten. Seit den 80er Jahren reichen die Renditen der Realwirtschaft nicht mehr. Zunächst wurde verstärkt in Aktien investiert, bei denen allerdings schon nicht mehr die realen Renditen des Heute, die Dividende, interessierte, sondern die möglichen Profite des Morgen, die Kursentwicklung. Dazu kamen Optionsscheine, Futures, Währungswetten. Die Finanzwirtschaft lief immer schneller, von ihren Regulierungsfesseln befreit, und wurde immer „innovativer“, erfand neue Produkte, die, gebündelt, zerlegt und wieder neu zusammengesetzt, selbst die Grundlage wieder anderer Produkte wurden.

Professor of Economics Bradford de Long, Berkeley:

“Eine Bank ist etwas, das
(a) Kapitaleinlagen annimmt,
(b) Kredite gewährt,
(c) gegenüber seinen Einzahlern vorgibt, dass ihr Geld (seine Passiva) liquider ist als seine Aktiva,
(d) infolgedessen eine Nettoverzinsung erzielt und
(e) damit fast die gesamte Zeit über durchkommt.

Es kann sich bei den Einlagen um die Gehaltsschecks von Privatpersonen handeln, und die Kredite können an Kleinunternehmen vergeben sein.

Oder die Einlagen können von der XY Financing Inc. begebene unbesicherte Schuldverschreibungen sein und die Kredite zweitrangige CDO-Hypothekentranchen, die die XY Financing Inc. in ihrem Portfolio hat.
Oder die Einlagen sind Kapitaleinlagen in „ZZ-Fonds“ und die Kredite jene komplexen Derivative, aus denen das „ZZ-Fonds“-Portfolio besteht.“

Gerne bezeichnet man Banken auch als „Kreditinstitute“, aber da ist viel Nostalgie dabei.

Die Bedeutung des Kreditgeschäfts nimmt für Banken ab, während sie im Gewand von Investmentbanken
als Händler von Wertpapieren wie Aktien oder Anleihen auftreten und für jede getätigte Transaktion eine Provision erhalten.

Verständlich, dass die Vorstellung, diese Finanztransaktionen könnten womöglich besteuert werden und so das Aufkommen verringern, auf keine große Begeisterung stoßen.

Was ist ein Derivat? -
Die blöde Realwirtschaft und eine neue Zirkulationssphäre

Eine Aktie versteht jeder: man erwirbt Besitz an einem Unternehmen, das einem dafür eine Dividende aus dem erzielten Gewinn bezahlt.

Schön ist auch, dass sie jederzeit an einer Börse veräusserbar ist, zu einem jeweils gültigen Kurs.

Jemand ist davon überzeugt, dass eine Aktie in 3 Monaten einen höheren Kurs haben wird. Da wäre es doch klug, von einem Aktienbesitzer (der das nicht glaubt) das Recht zu erwerben, genau dann diese Aktie zum heutigen Kurs zu kaufen – und für dieses Recht wird schon heute ein Obolus entrichtet. Das nennt man eine Option und ist ein klassisches Derivat. Was gehört einem nun bei einer Aktie? Ein – wenn auch überschaubarer – Teil eines Unternehmens. Und was gehört einem bei einer Option? Das Recht, in 3 Monaten eine Aktie zu einem bestimmten Preis zu kaufen – oder es sein zu lassen.

Schön ist aber, dass auch diese Option jederzeit an einer Börse veräusserbar ist, zu einem jeweils gültigen Kurs.

Nun kann es sein, dass der Kurs nicht steigt, und man den Obolus umsonst entrichtet hat. Da wäre es doch sinnvoll, sich gegen den Obolusausfall zu versichern – man schließt eine Kurs(ver-)sicherung ab. Diese Ausfallversicherungen gibt es auch für Kredite und Staatsanleihen, da nennt man sie CDS (credit default swap), und sind, man höre und staune, sogar eigene Wertpapiere. Was gehört einem bei einer CDS? Das Recht, bei einem Kreditausfall (oder einer Kursenttäuschung) eine bestimmte Versicherungssumme zu kassieren.

Schön ist zudem, dass auch diese CDS natürlich jederzeit an einer Börse veräusserbar sind, zu einem jeweils

gültigen Kurs.

Diese wunderbaren Ableitungen aus einer Aktie werden auch für Rohstoffe, Getreide, Hypothekenkredite oder Währungen durchgeführt.

Was haben diese Derivate noch mit den Handelsgütern zu tun, aus denen sie vorgegangen sind? Nichts mehr.

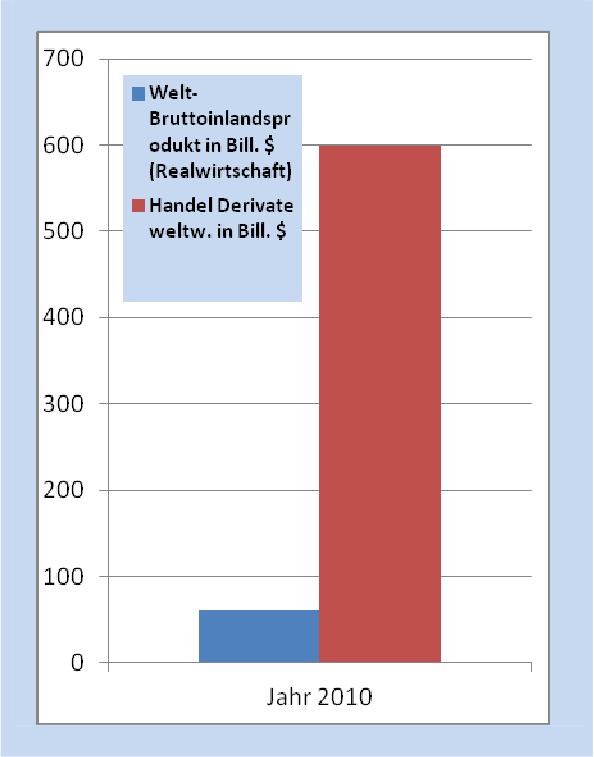
Aber dafür gibt es viele neue Wertpapiere, die alle jederzeit an einer Börse veräusserbar sind. Man ist nicht mehr nur auf die blöde Realwirtschaft angewiesen, um mit Vermögenstransaktionen Geld zu verdienen. In dieser Zirkulationssphäre lassen sich viel mehr Geschäfte machen und entsprechend mehr Geld verdienen.

Mittlerweile ist der Handel mit Derivaten 10mal so hoch wie das weltweite Bruttoinlandsprodukt.

Was 7 Mrd. Menschen in einem Jahr an Gütern und Dienstleistungen herstellen, handeln und verbrauchen, macht nur einen Bruchteil der gehandelten Geldversprechungen aus – denn etwas anderes sind Derivate nicht. Aber es lässt sich damit verdienen, denn auch in diesem Handel entstehen Margen, Gebühren, Provisionen, und nicht zu wenig.

Was auch schön ist: im Derivatehandel fallen keine lästigen Transaktionssteuern an, wie es sie im größten Teil der Realwirtschaft in Form einer Umsatzsteuer gibt.

Ein Grund mehr, solche Geschäfte zu machen.



Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser – gerade in der Finanzwirtschaft

Der Finanzsektor ist uns über den Kopf gewachsen, seine sachliche und geographische Entgrenzung ist immer öfter Auslöser diverser Krisen. Man hat ihn aus den Fesseln der Regulierung entlassen, in der Erwartung, die Spielregeln des Marktes alleine können ihn disziplinieren und zum insgesamt besten Ergebnis für alle führen.

Aber leider: beim Faktum der Güterknappheit, das für die Realwirtschaft die entscheidende Größe im ökonomischen Prozess darstellt und die Preise und Verfügbarkeiten bestimmt, macht sich der Finanzsektor einen leichten Fuß, denn er handelt mit Erwartungen und Versprechungen:

Prof. Willem Buiter, London School of Economics:

„Nehmen Sie den Flugzeugbau als Beispiel: Die Größenordnung in diesem Geschäft wird man nur dann verdoppeln können, wenn Airbus oder Boeing über einige Jahre hinweg ein neues Flugzeug entwickeln und die Beschäftigten, die man dazu benötigt, entsprechend geschult werden.
Im Finanzsektor kann man die Größenordnung des eigenen Geschäfts anheben, indem man auf beiden Seiten der Bilanz einfach eine „Null“ hinzufügt. Alles, was man dazu braucht, ist Vertrauen, Selbstvertrauen und Optimismus. So einfach können Sie Ihr Geschäft – ohne großen Kostenaufwand – enorm ausweiten. Im Grunde ist die Finanzwirtschaft doch nichts anderes als der Handel mit Versprechen. Die Möglichkeit, dieses Geschäft enorm schnell und enorm stark auszuweiten, macht das gesamte System gleichzeitig extrem unstabil. „

Eine Einhegung der entgrenzten Finanzwirtschaft ist geboten und unverzichtbar. Allein das Volumen des „virtuellen“ Kapitalhandels, das auf nichts anderem als auf Versprechungen und Vertrauen fußt, macht Angst. Jedes Mal, wenn der Zirkulationssphäre dieses Vertrauen ausgeht und sie zu kollabieren droht, greifen die Banker und Kapitalienhändler, die „masters of the universe“, auf die Ressourcen der Realwirtschaft zurück, um die Krise bewältigen zu können: Steuergelder, Bankdeposite, belastbare, reale Pfänder.

In Goethe’s gleichnamiger Ballade hat der Zauberlehrling aus einem hilfreichen und sinnvollen Haushaltsgerät einen unbeherrschbaren Geist gemacht, aus Unvernunft und Größenwahn. Nicht anders ist es mit der Finanzwirtschaft: niemand wird den Nutzen von Finanzintermediären bestreiten, denn sie stellen für Ökonomie-Ebene die Verbindung von Gegenwart und Zukunft her. Konsumverzicht in Form von Erspartem wird zur Vorfinanzierung von Investitionen verwendet, deren Erträge erst in späteren Perioden erwartet werden können.

Frank Steinberger
Wirtschaftspolitischer Sprecher Grüne Niederbayern

„Ick bün all dor“ - Lobbyismus in der Finanzwirtschaft

Eine mächtige und omnipräsente Finanzlobby arbeitet unermüdlich daran , dass sich die Gewinne der Finanzindustrie eben nicht nur aus den der Realwirtschaft „dienenden“ Geschäften speisen können, sondern dass die viel lukrativere Zirkulationssphäre erhalten bleibt mit seinen unbegrenzten Geldversprechen und Wettgewinnen.
Und sie achtet darauf, dass der „lender of the last resort“, der Letztschuldner Staat, unverzüglich hilft und in die Bresche springt, wenn wieder mal eine Blase platzt und „systemrelevante“ Institute oder gleich die ganze wunderbare Finanzwelt gerettet werden müssen.

Die Banker und Broker leisten sich einiges: in Washington tummeln sich 3.000 Branchenlobbyisten, in Brüssel, dem zweiten ganz wichtig Schauplatz der relevanten Finanzgesetzgebung, werden jährlich 300 Mio. Euro eingesetzt um ca. 700 Lobbyisten aus der Finanzbranche in deren Sinne arbeiten zu lassen. Allein an der Finanzmarktregulierung haben in Brüssel in 2010 etwa 200 Fachbeamte gearbeitet, unterstützt durch 250 Experten, die allesamt aus der Finanzbranche kommen.

Die Präsenz der Finanzlobby in Brüssel wird als so übermächtig empfunden, dass parteiübergreifend die Gründung einer NGO aus der Mehrheit eines parlamentarischen Ausschusses aufgerufen wurde. Entsprechend groß war die Resonanz als auf grüne Initiative 20 Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments im Sommer 2010 zur Gründung von FinanceWatch als Gegenlobby zur Finanzindustrie aufriefen. Mehrere hundert Abgeordnete nationaler und regionaler Parlamente schlossen sich an.

Thierry Philipponnat, Generalsekretär von Finance watch:
Wir brauchen Banken, die die Wirtschaft mit Geld versorgen. Wir brauchen keine Banken, die auf alles wetten, was sich bewegt.[

Opiate sind verboten, Derivate sind erlaubt

Es ist nicht vorstellbar , dass bei der Formulierung von Betäubungsmittelgesetzen die Dealer eingeladen werden, damit sie den Gesetzgeber beraten. In der Finanzbranche scheint es üblich zu sein, dass diejenigen, deren Geschäfte durch Regulierungsmassnahmen beschnitten werden können, bei der Gesetzgebung an vorderster Front dabei sind. Fein – so können sie das Schlimmste verhindern.

Beispielhaft für die einflussreichen Lobbyorganisationen sei die ISDA (International Swaps und Derivates Ass.) genannt. Das ist eine Handelsorganisation , in der sich die Teilnehmer des enorm voluminösen und profitablen Derivatemarktes zusammengeschlossen haben und über die die Modalitäten dieser ausserbörslichen „OTC“ – Geschäfte festgelegt werden – gentlemen-like, aber unter sich bleibend. Die führenden Lobbycontrolorganisationen haben der ISDA in 2010 den „Worst EU Lobbying Award“ verliehen, wegen „aggressiven Lobbyings zur Verteidigung ihrer „finanziellen Massenvernichtungswaffen“.

Bei der Gesetzgebung zur Regulierung des Derivatehandels beriet die ISDA intensiv die EU-Kommission. [3] **Sie übernahm in der „Working Party on Derivates“ einer Expertengruppe der Europäischen Kommission, in der sie Mitglied ist, geschickt die Führung und unterstützte Vorschläge, die den alltäglichen Derivatehandel weitestgehend unberührt ließen.**
Weiterhin bearbeitete die ISDA die EU-Kommission so lange, bis diese in die Bildung einer Expertengruppe für Derivate einwilligte. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern der ISDA.
Es gelang Goldman Sachs und der ISDA, die Arbeit auf eher moderate Formen der Regulierung zu konzentrieren.
Die ISDA organisierte Workshops im europäischen Parlament zur Schulung der AssistentInnen der Abgeordneten. (www.lobbypedia.de)

Frank Steinberger
Wirtschaftspolitischer Sprecher Grüne Niederbayern

	Ehrenwerte Organisationen: Kopf eines Briefes, in dem die Finanzlobby Grossbritanniens Finanzminister Osborne vor den „unabsehbaren“ Folgen einer Finanztransaktionssteuer warnt (vom Oktober 2011).

Mehr Stabiltät durch Regulierung

Je größer sich der Finanzsektor aufbläht und je schneller und ungebremster sich der Finanzkapitalismus dreht, umso öfter und grausamer werden desaströse Zusammenbrüche geschehen. Entfesselte Finanzmärkte machen wenige reich und viele arm. Das haben die letzten Krisen gezeigt, und sie haben auch gezeigt , dass diese Finanzindustrie nicht nachhaltig sein kann. Deshalb ist eine Einhegung der Finanzmärkte auch urgrüne Politik. Was sind geeignete Maßnahmen dafür?

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat im Juli 2010 einen Beschluss zur Regulierung der Finanzmärkte gefasst, der unter dem Titel „Mehr Markt und mehr Staat – für stabile Finanzmärkte“ folgende zentralen Projekte benennt:

Größenbremse für Banken	Too big to fail“ darf es nicht mehr geben - mehr Eigenkapital und mehr Liquidität mit steigender Institutsgröße
Schuldenbremse für Banken	zwingt zu deutlich mehr Eigenkapital und stabilisiert so den Finanzmarkt. („leverage ratio“)
Starke Aufsicht	auf Augenhöhe mit der Branche und mit dem politischen Auftrag sowie den Ressourcen ausgestattet, um präventiv eingreifen zu können.
Banken-Testament	Jede Bank muss schon jetzt so strukturiert sein, dass sie im Ernstfall ohne Steuerzahlergeld gerettet oder abgewickelt werden kann.
Überwachung und Einschränkung von Finanzprodukten und des OTC-Handels	Überführung des Handel mit Derivaten, der bisher direkt zwischen Finanzinstituten stattfindet (Over-The-Counter), soweit wie möglich auf regulierte Börsen- und Handelsplätze zu überführen. Verbot ungedeckter Kreditausfallversicherungen (CDS), bei denen die Käufer kein Basisrisiko haben, das sie absichern wollen.
Eindämmung des Finanz-Lobbyismus.	Präsenz-Reduzierung von Mitarbeitern der Finanzbranche in Ministerien, Offenlegung und Deckelung von Parteispenden Bundesbank und BMF sind nicht der oberste Vertreter der deutschen Banken

sowie

Marktmacht der Ratingagenturen reduzieren,

Trennbankensystem und

Finanztransaktionssteuer

Es ist an der Zeit zu formulieren welche Finanzwirtschaft wir wollen. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der grünen Bundestagfraktion, spricht in diesem Zusammenhang von einem Leitbild , das die politischen Leitplanken für ein nachhaltiges Finanzsystem bildet: „..wir brauchen ein im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft

kleineres, einfacheres, vielfältigeres, langfristiger orientiertes und damit stabileres Finanzsystem.“ (Gerhard Schick, Finanzmarktregulierung zwischen Licht und Schatten, 2010). Schick weist darauf hin, dass „der Lobbyismus der Finanzindustrie eine Quelle systemischen Risikos darstellt“ und dass der Finanzsektor nicht schneller als die Realwirtschaft wachsen darf, wenn man will dass er als Dienstleister für andere Bereiche dienen soll.